

# STANDPUNKTE

Sommersession '15  
Nationalrat



## Inhalt

<b>Rubrik</b>	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
<b>Nationalrat</b>	14.086 Minamata-Übereinkommen über Quecksilber. ....	3
	14.089 Milchkuh-Initiative.....	4
	Abstimmungsempfehlungen für traktandierte Geschäfte .....	6
<b>Impressum</b>	UMWELTALLIANZ   ALLIANCE-ENVIRONNEMENT Postgasse 15   Postfach 817   3000 Bern 8 Telefon 031 313 34 33   Fax 031 313 34 35   info@umweltallianz.ch www.umweltallianz.ch   Fotos: swissolar, zvg; Redaktion: Rahel Loretan, Anne Briol Jung	7

## Nationalrat

### Bundesratsgeschäfte (Erstrat)

#### **Minamata-Übereinkommen über Quecksilber. Genehmigung (14.086)**

Das 2013 abgeschlossene Minamata-Übereinkommen soll die Freisetzung des Schwermetalls Quecksilber weltweit verringern. Quecksilber ist ein hochgiftiges, gesundheits- und umweltschädigendes Schwermetall. Es reichert sich im Organismus an und kann insbesondere das Nerven- und Immunsystem schädigen sowie die Fortpflanzung stören. Quecksilber wird über Luft, Wasser und die Nahrungskette sowie in Abfällen und Produkten verbreitet.

Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung muss die Freisetzung von hochgiftigen Chemikalien wie Quecksilber dringend gestoppt werden. Es ist begrüßenswert, dass sich die Schweiz für das Zustandekommen des Minamata-Übereinkommens eingesetzt hat. Umso wichtiger ist es nun, dass die Schweiz bei der Umsetzung der Konvention mit gutem Beispiel vorangeht. Sie ist dafür gut gerüstet: schon seit 1986 gelten weitgehende Einschränkungen im Umgang mit Quecksilber und quecksilberhaltigen Produkten. Zur Verringerung der weltweiten Freisetzung von Quecksilber kann die Schweiz jedoch einen wichtigen Beitrag leisten: durch die Senkung des Quecksilber-Exports und mit einer umweltgerechten Aufbereitung von Quecksilberabfällen zur Endlagerung.

#### **Empfehlung**

**Die Umweltorganisationen empfehlen die Vorlage zur Genehmigung.**

➔ Greenpeace, Mirjam Kopp, [mirjam.kopp@greenpeace.org](mailto:mirjam.kopp@greenpeace.org),  
044 447 41 59

## **Volksinitiative für eine faire Verkehrsfinanzierung («Milchkuh-Initiative») (14.089)**

### **Bundesratsgeschäfte (Zweitrat)**

Die Milchkuh-Initiative will eine angeblich faire Verkehrsfinanzierung herbeiführen. Heute werden die Hälfte der Mineralölsteuer und der ganze Mineralölsteuerzuschlag für den Strassenbau verwendet. Die andere Hälfte der Mineralölsteuer kommt der allgemeinen Bundeskasse zu Gute. Die Initiative verlangt, dass neu die gesamte Mineralsteuer für den Strassenverkehr verwendet wird, so dass dem Bund Mindereinnahmen von 1.5 Mia. pro Jahr entstehen.

Eine Minderheit Français verlangt die Rückweisung an die Kommission, um einen direkten Gegenvorschlag zu erwirken. In Anbetracht der fehlenden Rückzugsbereitschaft würde dies primär die Chancen der Initiative erhöhen. Denn die Initianten haben einen Rückzug bereits quasi ausgeschlossen und in den Medien verkündet: «Die Milchkuh wird zum Kampfstier!» (Weltwoche S.14 vom 10.12. 2014). Somit hat ein direkter Gegenvorschlag einzig zum Ziel, die Chancen auf eine Annahme der Initiative zu erhöhen – mit einem doppelten Ja zu Initiative und Gegenvorschlag.

Würde die Milchkuh-Initiative angenommen, müssten die Mindereinnahmen von CHF 1.5 Mia. pro Jahr durch Einsparungen kompensiert werden. Betroffen wären insbesondere die nur schwach gebundenen Ausgaben, insbesondere bei der Bildung, der Landwirtschaft, der Armee, der sozialen Wohlfahrt und dem öffentlichen Regionalverkehr (je CHF 200- 300 Mio. Einsparungen pro Jahr, falls die Kürzungen gleichmässig erfolgen).

Bereits die heutige Zweckbindung der Hälfte der Mineralölsteuer zu Gunsten des Strassenverkehrs ist im Vergleich mit anderen Steuern und mit der Benzinpreisbesteuerung im Ausland sehr hoch. In 23 Staaten der EU ist die totale steuerliche Belastung pro gefahrenen Kilometer höher als in der Schweiz. Während die Preise der ÖV-Benutzung politisch gewollt ansteigen, sinken die Kosten der Autofahrer auch ohne Milchkuh-Initiative aufgrund effizienterer Fahrzeuge und billigerer Neuwagen seit Jahren.

Die Milchkuh-Initiative stellt die 2014 von Volk und Ständen mit 62% deutlich angenommene FABI-Vorlage zur Finanzierung der Bahninfrastruktur in Frage. Wie der Bundesrat in der Botschaft feststellt, ist unklar, ob der Initiativtext vereinbar ist mit der aktuellen befristeten Verwendung von 9% der Mineralölsteuer zu Gunsten der Bahninfrastruktur («NEAT-Viertel»).

Ausserdem würde die Milchkuh-Initiative deutlich mehr finanzielle Mittel zu Gunsten der Strassenfinanzierung verteilen als gemäss ASTRA in den nächsten Jahren ausgegeben werden können. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft im Zusammenhang mit den unerwünscht hohen Rückstellungen bei einer Annahme der Initiative: «Es werden gewissermassen ‚Steuern auf Vorrat‘ erhoben, die erst viel später verwendet werden können.» (Botschaft S. 28)

Entgegen dem Titel ist die Milchkuh-Initiative nicht in der Lage, eine faire Verkehrsfinanzierung herzustellen. Die Initiative macht einen Vorschlag, der deutlich weniger fair ist als die heutige Situation, in der die Allgemeinheit für jährlich über CHF 5,5 Mia. an ungedeckten Kosten pro Jahr aufkommt, die durch Autofahrende verursacht werden.

## Empfehlung

**Die Umweltorganisationen empfehlen wie der Bundesrat, die Minderheit Français abzulehnen. Auch die Milchkuh-Initiative (Minderheit Wobmann) empfehlen wir zur Ablehnung.**

☛ Verkehrs-Club der Schweiz, Luc Leumann, [leumann.luc@verkehrsclub.ch](mailto:leumann.luc@verkehrsclub.ch),  
T 079 705 06 58

## Abstimmungsempfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen

### WBF

### Empfehlung

[13.3305](#) Mo. Maire. Unterstützung der Berufsbildung im Cleantech-Bereich

**Annahme**

[13.3350](#) Mo. Binder. Staatsgarantie für Legalität und Nachhaltigkeit des Schweizer Holzes

**Ablehnung**

### EDI

[13.3487](#) Mo. Badran. Erhebung Boden- und Immobilieneigentum

**Annahme**

[13.3683](#) Mo. van Singer. Ständige Überwachung der Radioaktivität von Oberflächengewässern und Grundwasser

**Annahme**

### VBS

[13.4271](#) Mo. Lohr. Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu Gunsten des Breitensports

**Ablehnung**

### Parlamentarische Initiativen 1. Phase

[14.430](#) Pa.Iv. Schibli. Änderung der Rechtsgrundlagen für die Direktzahlungen

**Ablehnung**

[14.435](#) Pa.Iv. Joder. Sicherung der Ernährungssicherheit

**Ablehnung**

[14.442](#) Pa.Iv. Gschwind. Weniger Parzellierung von landwirtschaftlichen Grundstücken. Mehr Kompetenzen für die Kantone

**Annahme**

## UMWELLALLIANZ

### Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8  
Telefon 031 313 34 33, Fax 031 313 34 35, [info@umweltallianz.ch](mailto:info@umweltallianz.ch)

### Mitglieder

#### **Pro Natura**

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel  
T 061 317 91 91, F 061 317 92 66  
[www.pronatura.ch](http://www.pronatura.ch)

#### **VCS / ATE**

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern  
T 0848 611 611, F 0848 611 612  
[www.verkehrsclub.ch](http://www.verkehrsclub.ch)

#### **WWF**

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich  
T 044 297 21 21, F 01 297 21 00  
WWF Suisse, Avenue Dickens 6, 1006 Lausanne  
T 021 966 73 73, F 021 966 73 74  
[www.wwf.ch](http://www.wwf.ch)

#### **Greenpeace**

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich  
T 044 447 41 41, F 044 447 41 99  
[www.greenpeace.ch](http://www.greenpeace.ch)

### Kooperationspartner

#### **Schweizerische Energie-Stiftung SES**

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich  
T 044 275 21 21, F 044 275 21 20  
[www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

#### **Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz**

SVS, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich  
T 044 457 70 20, F 044 457 70 30  
[www.birdlife.ch](http://www.birdlife.ch)

#### **Equiterre – Partnerin für nachhaltige Entwicklung**

Equiterre, Postfach, 8032 Zürich  
T 043 268 83 33, F 043 268 83 30  
[www.equiterre.ch](http://www.equiterre.ch)